

2968/J XXI.GP

Eingelangt am: 23.10.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Lapp

und Genossen

an die Frau Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend **Zusammenlegung von Studienrichtungen und Universitätsinstituten**

Durch die Vollrechtsfähigkeit der Universitäten steht die permanente Drohung im Raum, dass Studienrichtungen und Universitätsinstitute zusammengefasst werden sollen, da, wie von Ihrem Ressort immer wieder angedacht wird, Österreich zu klein sei, um sich den „Luxus“ vieler kleiner Studienrichtungen und Institute zu leisten.

Dabei sehen wir die Gefahr der Beschneidung der geistigen Möglichkeiten der Universitäten und ihrer StudentInnen und dem Lehr - und Forschungspersonal. Neben dem finanziellen Druck, dem die österreichischen Universitäten dank blau - schwarzer Politik bereits mehr als zur Genüge ausgesetzt sind, kommt nun auch eine Art „Wissensdruck“ hinzu, der sich auf das Lehr - und Forschungsklima und damit auf die wissenschaftlichen Ergebnisse und Leistungen der Universitäten nur negativ auswirken kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Ist für die Zukunft geplant Studienrichtungen bzw. Universitätsinstitute zusammenzu - legen?
2. Wenn Ja, warum?
3. Wenn Ja, in welchem zeitlichen Ablauf soll das geschehen?
4. Welche Studienrichtungen bzw. Universitätsinstitute konkret sind von einer Zusammenlegung, Verschmelzung oder gar Auflassung betroffen? Welche sind die jeweiligen Gründe dafür?